

Opposition attackiert Justizministerin

CDU und FDP finden: Antje Niewisch-Lennartz ist nicht mehr tragbar

VON MICHAEL B. BERGER

Hannover. Die Nachbeben der Affäre um den zurückgetretenen Bundespräsidenten Christian Wulff dauern an. Mit Spannung wird der Auftritt von Landesjustizministerin Antje Niewisch-Lennartz (Grüne) erwartet, die am heutigen Montag über den Stand der Ermittlungen gegen den Celler Generalstaatsanwalt Frank Lüttig berichten wird. Lüttig wurde bisher vorgeworfen, der „Maulwurf“ gewesen zu sein, der Interna in der Wulff-Affäre an die Medien weitergereicht haben soll. Doch die Ermittlungen der Göttinger Staatsanwaltschaft gegen Lüttig werden wahrscheinlich eingestellt, was die Landtagsopposition zu Rücktrittsforderungen an Justizministerin Niewisch veranlasst. Sie habe dem Vertrauen in die Justiz schweren Schaden zugefügt, meinen CDU und FDP.



Unter Beschuss: Antje Niewisch-Lennartz sieht sich Vorwürfen von Stefan Birkner (FDP) und Björn Thümler (CDU, re.) ausgesetzt. *dpa (3)*

Niewisch-Lennartz hatte dem Landtag am 20. Februar mitgeteilt, dass die Göttinger Staatsanwaltschaft bei ihrer Suche nach dem „Maulwurf“ nun zwei konkrete Verdächtige habe. Sie nannte damals aber nur den Namen Lüttigs und nicht auch den des früheren Landgerichtspräsidenten Dieter Schneidewind, der zu diesem Zeitpunkt auch als Verdächtiger galt. „Niewisch-Lennartz hat damals das Verfahren öffentlich gemacht, obwohl der Verdacht sehr dünn

war“, urteilt Stefan Birkner von der FDP, früher selbst Staatsanwalt. Für dieses Verhalten seien offenbar politische Ziele wirksam geworden. Birkner fragt, ob die Justizministerin noch tragbar sei.

CDU-Fraktionschef Björn Thümler hat für sich diese Frage schon mit Nein beantwortet. Er erinnert an andere Fälle, etwa den des Landesschulpräsidenten Dempwolff, gegen den auch ein inzwischen eingestelltes Ermittlungsverfahren lief, über das

Niewisch-Lennartz im Landtag berichtet hatte. Sollten sich auch die Vorwürfe gegen den Celler Generalstaatsanwalt Lüttig als völlig haltlos erweisen, dann sei Niewisch-Lennartz „politisch endgültig nicht mehr tragbar“, folgert der CDU-Fraktionschef. Sie habe die Durchstechereien aus ihrem Hause nicht stoppen können und instrumentaliere die Justiz für parteipolitische Zwecke.

SPD-Geschäftsführer Grant Hendrik Tonne bezeichnet die Aufregung der Opposition als „überaus scheinheilig“. Schließlich fordere die Opposition sonst immer die umgehende Unterrichtung des Landtages. Der Vorwurf, die Ministerin habe im Falle Lüttigs politisch motiviert gehandelt, findet Tonne „schlicht unverschämt“. Im Übrigen sei es höchst unseriös, jetzt Rücktrittsforderungen an die Ministerin zu stellen, bevor über die Sachlage aufgeklärt werde.

Grant Hendrik Tonne, MdL
Pressedokumentation
Die Harke – Niedersachsenseite
01.06.2015

